



23. ordentliche Mitgliederversammlung vom 26. April 2008
23e Assemblée générale du 26 avril 2008
23ª Assemblea ordinaria dei membri del 26 aprile 2008

Sperrfrist/Embargo: Samstag/samedi/sabato, 26.04.2008, 1200 Uhr/heures/ore
Es gilt das gesprochene Wort/C'est le texte oral qui fait foi/Fa testo il discorso orale

Rede ist ab Samstag, 26.04.2008, 1200 Uhr, abrufbar auf/Cet exposé pourra être consulté sur Internet dès le 26.04.2008, 12h00 aux adresses suivantes/Il discorso è disponibile a partire da sabato 26.04.2008, ore 12.00, sul sito: www.auns.ch / www.asin.ch / www.asni.ch

Begrüssung und Standortbestimmung

-

Stopp der Doppelmoral

Nationalrat Dr. Pirmin Schwander

Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz
(AUNS)

Liebe Mitglieder, Sympathisanten und Gönner der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz, liebe Gäste, sehr geehrte Damen und Herren

Laut dem Philosophen Pascal gibt es nur zwei Arten von Menschen: "Die Gerechten, die sich für Sünder halten, und die Sünder, die sich für gerecht halten." Seit dem 12. Dezember 2007 wissen wir, dass es mindestens noch eine weitere Art Menschen gibt: Die sündigen Gerechten, die gerecht sündigen.

An unserer Jubiläumsfeier vom 28. Oktober 2006 habe ich vor der Schwächung der Starken gewarnt. Die Strategie laute: Bundesrat Christoph Blocher zu schwächen. Dies würden wir nicht zulassen. Alles Mögliche hatten die Linksparteien CVP, SP und Grüne versucht, um ihn zu schwächen und zu diffamieren. Die Geschichten kennen wir. Es war Ihnen nicht gelungen. Deshalb blieb ihnen nichts anderes übrig als Bundesrat Christoph Blocher abzuwählen. Was sie aber am 12. Dezember 2007 nicht wussten: Mit der Abwahl hatten sie Bundesrat Christoph Blocher wieder in die Freiheit entlassen und damit noch stärker gemacht.

I. Und es gibt sie immer noch - die Pharisäer

Es wirkt für mich immer peinlich, wenn Politiker an Denk- und Festanlässen die direkte Demokratie, den Föderalismus, die Neutralität, die Mehrsprachigkeit als Chance rühmen, im

politischen Alltag aber genau diese Tugenden mit Füßen treten. Noch peinlicher wird es dann, wenn sie sich als Bergprediger gebären und dem Volk sagen:

- Wir unterstützen die Einbürgerungen als politischen Akt, doch die SVP - Initiative müssen wir ablehnen. Sie geht zu weit.
- Die Verwahrunginitiative ist sehr wichtig. Damit können wir die übelsten Übeltäter in Gewahrsam nehmen. Doch wir müssen den übelsten Wiederholungstätern eine zweite Chance geben.
- Wir fordern den Rückzug des EU - Beitrittsgesuches. Doch wir können uns hier der Stimme enthalten. So wichtig ist es auch wieder nicht.
- Wir unterstützen die Armee-Abschaffungsreform 08 - 11 und die Parallelimporte für Landwirtschaftsprodukte infolge tieferer Kosten kritiklos. Aber das Armee - Sackmesser müssen wir in der Schweiz produzieren, denn die Personenfreizügigkeit führt bekanntlich zu tieferen Lohnkosten.

Sie predigen weiter, dass der grösste Reichtum der Schweiz in den Köpfen der Menschen liegt. Trotzdem sind sie bereit, Generationen von Kindern den Launen unkontrollierter Schulsysteme und pädagogischer Experimente auszusetzen. Sie fragen nicht, warum heute Eltern beginnen, ihre Kinder bereits auf der Elementarstufe in Privatschulen zu schicken. Früher ging ein Kind meistens dann in eine Privatschule, wenn es an der öffentlichen Schule nicht mithalten konnte. Heute gehen Kinder in Privatschulen, um später bessere Chancen für den Berufseintritt zu haben und nicht irgend eine weltfremde Theorie schlucken zu müssen.

Die sogenannten modernen Schulen befleissigen sich, Kinder rund um die Uhr zu betreuen und die jungen Menschen von der Wirklichkeit und von den Eltern ganz abzukoppeln. Langsam erwachen die Eltern ob diesem Schwachsinn und sie entlarven die selbsternannten Bergprediger als kaltschnäuzige Pharisäer, welche nichts anderes im Kopf haben als jedermann mit einem Universitätsabschluss zu beglücken, egal auf welchem Niveau. Moderne Pädagogen wollen schmalspurige und manipulierte Spezialisten heranzüchten. Kritische Denker sind nicht mehr gefragt. Sie könnten in den Schulen ja eines Tages die obszönen Graffiti und die fehlende Disziplin aufdecken.

Meine Damen und Herren, setzen wir solchen Verirrungen und Verwirrungen und dem doppelzüngigen Moralegebaren ein Ende. Kinder gehören den Müttern und Vätern und nicht dem Staat. Es ist Aufgabe der Eltern, den Kindern Orientierung, Vertrauen, Achtung und Respekt zu vermitteln. Lassen wir unsere Kinder Kind sein. Haben wir den Mut dazu!

II. Ständig am Volk vorbei

Mit lockerer Hand hat die EU die Kopenhagener Kriterien ausser Kraft, um den festgesetzten Fahrplan der Osterweiterung einzuhalten. Auf den 01. Januar 2007 wurden Rumänien und Bulgarien aufgenommen. Um die Kriterien und Bestimmungen punkto Wirtschafts- und Währungsunion, Menschenrechte und Freiheitsgarantien kümmerte sich niemand. Die Augen wurden verschlossen, Korruption hin oder her. Hauptsache die Weltöffentlichkeit hat zur Kenntnis genommen, dass der europäische Integrationsprozess voranschreitet. Europäisches Recht kann also gebogen, missachtet und im besten Fall eingehalten werden.

Die EU-Befürworter schweigen und sehen in ihrer elitären Europa-Verklärung solche Tatsachen nicht mehr. Ihnen ist egal, in welche Richtung sich die EU bewegt - und sie bewegt sich immer weiter weg von den Bürgern. Denn mit Genugtuung können sie mit Benedikt von Tscharner feststellen: "Was die Schweiz will und was sie debattiert oder nicht debattiert, ist das eine. Was sie tut, ist indessen längst für jedermann klar erkennbar: Sie nähert sich mit jeder bilateralen Vereinbarung und jedem der etwas weniger sichtbaren, aber umso zahlreicheren Schritte des autonomen Nachvollzugs dem EU-Regime an." Diese Feststellung wird im Bericht des Bundesrates zu den Auswirkungen verschiedener europapolitischer Instrumente auf den Föderalismus in der Schweiz noch bestätigt, wenn der Bundesrat schreibt: "Unter dem Regime der bilateralen Zusammenarbeit verbleiben den Kantonen bis anhin noch substantielle Handlungsspielräume. Die Ausdehnung des Anwendungsbereichs der bilateralen Zusammenarbeit schränkt die Rechtsetzungskompetenzen von Bund und Kantonen allerdings zunehmend ein."

Obwohl der Bundesrat im Vorfeld der Abstimmung über die bilateralen Abkommen I und II immer wieder betonte, die Schweizerische Souveränität und die Volksrechte seien durch die Verträge nach wie vor voll garantiert, schreibt er ein paar wenige Jahre später das pure Gegenteil. Dass sich der Bundesrat nicht um unsere Volksrechte und Volksentscheide kümmert, ist skandalös und verwerflich, aber nicht neu. Bereits bei der Gründung der AUNS am 19. Juni 1986 stellte der damalige Vorstand fest, "dass der Bundesrat trotz massiven Ablehnung des Beitritts der Schweiz zur UNO seine Aussenpolitik weiterführt, als wäre nichts geschehen".

Die Respektlosigkeit von Bundesrat aber auch vom Parlament gegenüber Volksentscheiden hat sich in der Zwischenzeit noch verschärft. Im Jahr 2003 haben es Bundesrat und Parlament sogar nicht mehr für nötig befunden, Staatsverträge mit wichtigen rechtsetzenden Bestimmungen dem Referendum zu unterstellen (Doppelbesteuerungsabkommen mit Israel, Freihandelsabkommen mit Chile). Der Bundesrat begründete den Verzicht auf die Unterstel-

lung unter das Referendum vorwiegend damit, es seien früher eine ganze Reihe gleichartiger Verträge auch nicht dem Referendum unterstellt worden.

III. Stärkung der Volksrechte

Wir sind das einzige Land, in dem die Demokratie dank der regelmässigen Abstimmungen so tief ausgelebt wird. Unsere Staatsidee basiert auf dem dauernden Willen, über öffentliche Angelegenheiten zu debattieren und mittels Mehrheitsbeschluss zu regeln. Weder die Globalisierung noch die bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union, weder der Terrorismus noch die verschleierte Huldigung an den iranischen Präsidenten, weder Videokonferenzen noch der bundesrätliche Drang nach imperialistischen Selbstinszenierungen erlauben, unsere direkte Demokratie mit dem föderalistischen Staatsaufbau über Bord zu werfen, auch nicht durch die Hintertür.

Die direkte Demokratie nimmt Bundesrat und Parlament eigentlich an die kurze Leine. Sie will damit sicherstellen, dass der Volkswille auch befolgt und durchgesetzt wird. Bundesrat, Bundesverwaltung und Teile des Parlamentes waren in den letzten Jahren immer mehr darauf aus, ihre Kompetenzen und Vorrechte auf Kosten der Bürger auszudehnen und die Souveränität des Volkes zu beschneiden. Die Frage, ob ein Staatsvertrag dem fakultativen Referendum unterstellt werden muss oder nicht, darf nicht im Ermessen der Behörden und Verwaltung liegen.

Ebenso darf der Anwendungsbereich der bilateralen Abkommen nicht ohne Volk ausgeweitet werden. Zu diesem Zweck hat die AUNS zum ersten Mal seit ihrem 20-jährigen Bestehen eine Volksinitiative lanciert. Nur auf diesem Weg ist es möglich, der zunehmenden Aushebelung unserer Volksrechte und dem schleichenden EU-Beitritt wirksam entgegenzutreten.

Heute ist nur der Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften (EU, NATO) dem obligatorischen Referendum unterstellt und muss damit die doppelte Mehrheit von Volk und Ständen erreichen. In allen anderen Fällen gilt das fakultative Referendum.

Mit der Volksinitiative der AUNS müssen neu Staatsverträge und internationale Abkommen in wichtigen Bereichen sowie Staatsausgaben ab einer bestimmten Höhe zwingend vors Volk und es braucht neben dem Volksmehr auch das Ständemehr. Folgende bisherige Abstimmungen wären neu dem obligatorischen Referendum unterstellt: Schengen/Dublin, Ausdehnung der Personenfreizügigkeit, Kohäsionsmilliarde. Des weiteren müssten bei Annahme unserer Initiative dem obligatorischen Referendum unterstellt werden: Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien, Rahmenabkommen mit der EU, Dienstleistungsabkommen, Agrarfreihandel, Zollunion usw.

IV. Erhalt unseres kulturellen Erbes

In der Präambel unserer Bundesverfassung nehmen Freiheit und Verantwortung eine zentrale Rolle ein. Der Bund soll erneuert werden, um Freiheit und Demokratie gegenüber der Welt zu stärken. Die erste Aufgabe des demokratischen Staates ist es, die Freiheit des Einzelnen zu garantieren und zu schützen. Natürlich kann nicht jeder machen was er will. Freiheit ist zu grosser Verantwortung verpflichtet. Oft wird Gestaltungs- und Willensfreiheit verwechselt mit Selbstbestimmung. Letzteren sind Grenzen gesetzt. Alle haben sich an unsere Regeln zu halten. Und diese Regeln sind aus der christlich-abendländischen Kultur entstanden und damit Teil davon. Und wenn in unserer Bundesverfassung "im Namen Gottes des Allmächtigen" steht, dann ist auch klar, was in unserem Land zu gelten hat. Kreuze sind keine Beleidigung sondern Ausdruck unseres Glaubens und die Erinnerung an unsere Wurzeln. Wer sich deshalb nicht an unsere christlich geprägten Regeln halten will, hat die Konsequenzen zu tragen und unser Land zu verlassen. Die Wahrheit des Christen- und Judentums muss anderen Religionen genauso zumutbar sein, wie ihre uns zumutbar ist. Wir dürfen uns das Christen- und Judentum von anderen Religionen nicht austreiben lassen. Unsere Gesellschaftsordnung muss freigehalten werden von Einflüssen, die mit unseren freiheitlichen Werten nicht vereinbar sind.

Die Schweiz zeichnet sich aus, kritisch zu sein. Kritisch gegenüber den grenzenlosen Ansprüchen an unseren Staat, und gegenüber der abgrundtiefen Unmoralität einer Staatsverschuldung.

Meine Damen und Herren, auf unsere Errungenschaften, Besonderheiten und Stärken wie Freiheit, Unabhängigkeit, bewaffnete Neutralität, Föderalismus, Privateigentum, Milizarmee dürfen wir stolz sein. Sind wir unseren Vorfahren dankbar dafür und tragen weiterhin Sorge für unsere Kinder.

* * *